

**Wahl des Europäischen Parlamentes
am 25. Mai 2014**

**Antworten der SPD
zum Fragenkatalog vom
Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung**

Frage 1

Wir Sozialdemokraten stehen für ein Europa der Freiheit, das nur da existieren kann, wo bürgerliche Rechte und nicht staatlicher Überwachungswahn der oberste Maßstab nationalen und europäischen Handelns sind. Die SPD-Europaabgeordneten sehen die zunehmende Tendenz, die bürgerlichen Freiheiten der Illusion von mehr Sicherheit zu opfern, sehr kritisch. Dies betrifft etwa den Aufbau von immer größeren gigantischen Datenbanken zur Migrationskontrolle oder die Pläne zur Sammlung europäischer Fluggastdaten.

Frage 2

2.a.

Nachdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung am 8. April 2014 gekippt und auch nachträglich für nichtig erklärt hat, brauchen wir eine neue Debatte über rechtsstaatliche Werte in der EU. Der EuGH hat in seinem Urteil keinen Zweifel gelassen: Eine EU-weite Verpflichtung zur flächendeckenden anlasslosen Speicherung ist mit europäischen Grundrechten unvereinbar. Auch die EU-Staaten sollten Konsequenzen aus diesem Urteil ziehen und ihre nationalen Umsetzungsgesetze aufheben.

2.b. Als Konsequenz aus dem EuGH-Urteil müssen alle nationalen Vorratsdatenspeicherungen beendet werden. Die gekippte EU-Richtlinie nimmt ohne jede Differenzierung alle Menschen ins Visier. Das verstößt gegen europäische Grundrechte. Die Mitgliedstaaten stehen also in der Pflicht, die richtigen Konsequenzen aus diesem Urteil zu ziehen. Falls die Mitgliedstaaten dies nicht tun, müssen wir eine Debatte darüber führen, wie wir den Schutz der Bürgerrechte in diesem Bereich EU-weit regeln können. Keinem Mitgliedstaat darf es etwa weiterhin möglich sein, pauschal alle seine Bürger ins Visier der Überwachung zu nehmen. Eine EU-weite Verpflichtung zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung darf es in jedem Fall nicht mehr geben.

2.c.

Die SPD-Europaabgeordneten sprechen sich gegen eine Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland aus. Die anderen EU-Mitgliedstaaten müssen die logisch einzig richtige Konsequenz aus dem EuGH-Urteil vom 8. April 2014 ziehen und ihre nationalen Umsetzungsgesetze beenden. Die EU hat nach unserer Auffassung nicht die rechtlichen Möglichkeiten, den Nationalstaaten pauschal eine Maßnahme zur Strafverfolgung zu verbieten, wenn diese sie einführen wollen. Wir drängen aber darauf, dem EuGH-Urteil zu entsprechen und auf eine flächendeckende anlasslose Speicherung zu verzichten.

Frage 3**3.1.**

Der Schutz persönlicher Daten ist eine zentrale Herausforderung im digitalen Zeitalter und die Sozialdemokraten stehen hinter dem EU-Datenschutzreformpaket, bestehend aus einer allgemeinen Verordnung und einer Richtlinie für den Datenschutz im Bereich Polizei und Justiz. Die Verhandlungen gerade mit der liberalen und der konservativen Fraktion im Europäischen Parlament gestalteten sich zu diesem Dossier nicht immer leicht. Insgesamt können wir mit den gefundenen Kompromissen zufrieden sein, wenn wir uns als Sozialdemokraten an der einen oder anderen Stelle auch stärkere Formulierungen gewünscht hätten. Positiv bewerten wir etwa grundsätzlich die gefundenen Kompromisse zu den Kriterien der Datenverarbeitung, wie dem Prinzip, dass der Betroffene der Verarbeitung seiner Daten zustimmen muss sowie transparentere Informationen etwa über die Datenschutzbestimmungen eines Unternehmens. Auch den Kompromiss zum sogenannten "One-stop shop" begrüßen wir grundsätzlich. Demnach sollen sich Bürger an die nationale Datenschutzbehörde ihrer Wahl wenden können, unabhängig davon, in welchem EU-Staat ein möglicher Verstoß gegen ihre Datenschutzrechte stattgefunden hat. Ein sozialdemokratischer Erfolg ist ebenfalls die Einigung auf harte Strafen bei Datenschutzverstößen für Firmen, die bis zu fünf Prozent des weltweiten Jahresumsatzes betragen können, sowie strenge Regeln beim Austausch von Daten mit Drittstaaten. Nicht zufrieden können wir hingegen mit der Parlamentsposition zum Beschäftigtendatenschutz sein. Als Sozialdemokraten ist es uns besonders wichtig, dass Datenschutz auch als Arbeitnehmerrecht verstanden wird. Beschäftigte müssen sich darauf verlassen können, dass ihre persönlichen Daten wie Nachweise über Fehlzeiten oder ärztliche Atteste bei ihrem Arbeitgeber sicher aufgehoben sind. Die gefundenen Kompromisse können diesem Anspruch nur bedingt gerecht werden und sollten in den folgenden Verhandlungen mit Kommission und Ministerrat nachgebessert werden. Diese Verhandlungen können aber erst beginnen, wenn sich auch die Mitgliedstaaten im Rat auf ihre Position geeinigt haben – diese Positionierung wird nunmehr seit über zwei Jahren blockiert!

3.2.

Echter Datenschutz setzt hohe Standards voraus – sowohl in der Wirtschaft, im öffentlichen Bereich als auch in der Strafverfolgung. Wenn ein Bereich fehlt, kann kein hohes Schutzniveau erreicht werden. Die geplante Datenschutz-Verordnung muss deshalb auch den öffentlichen Bereich abdecken. Nur so ist ein EU-weit einheitliches und hohes Datenschutzniveau beispielsweise bei der Datenverarbeitung durch Behörden zu erreichen. Der Bereich der Strafverfolgung ist durch die geplante Datenschutz-Richtlinie abgedeckt. Gerade im Bereich der Strafverfolgung werden sehr sensible Daten verarbeitet, die derzeit in der EU durch kein einheitliches Rechtsregime geschützt sind. Das muss sich dringend ändern. Ein Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass sowohl Opfer, als auch Verdächtige und Angeklagte im Strafverfahren mit einem fairen Verfahren rechnen können. Dazu gehört insbesondere auch der bestmögliche Schutz der persönlichen Daten der Betroffenen. Die SPD-Europaabgeordneten hätten es deshalb begrüßt, wenn der Datenschutz in der Strafverfolgung mit in der geplanten Datenschutz-Verordnung geregelt würde, da diese, einmal verabschiedet, direkt in allen Mitgliedstaaten Wirkung entfaltet. Das gewählte Rechtsinstrument der Richtlinie hingegen lässt den Mitgliedstaaten einen Umsetzungsspielraum beim Schutz von Strafverfolgungsdaten. Deswegen ist es umso wichtiger, hohe Mindestanforderungen in den Richtlinien-Text zu integrieren. Im März 2014 hat das Europäische Parlament mit Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion seine Position zum Kommissionsvorschlag über eine EU-Datenschutzreform angenommen. Derzeit wird das Dossier nur noch durch einige nationale Regierungen im Rat blockiert. Die SPD-

Europaabgeordneten fordern ein Ende dieser Blockade, damit wir die EU-Datenschutzreform auch vor dem Hintergrund der Snowden-Enthüllungen noch 2014 unter Dach und Fach kriegen!

3.3.

Nicht erst seit den aktuellen Skandalen um Massenausspähungen kommt dem Schutz persönlicher Daten im Bereich der Strafverfolgung eine besondere Bedeutung zu. Verdächtige und Angeklagte im Strafverfahren müssen ein faires Verfahren bekommen. Dazu gehört für die Sozialdemokraten insbesondere auch der bestmögliche Schutz der persönlichen Daten der Betroffenen. Bei der Europol-Reform haben sich die Sozialdemokraten insbesondere für klare und transparente Regeln zum Schutz sensibler Daten eingesetzt. So konnten wir etwa eine Bestimmung aus dem Kommissionsentwurf streichen, wonach Europol direkt mit Firmen beziehungsweise privaten Parteien wie etwa Google oder Facebook Daten hätte austauschen können. Vor allem die Konservativen hatten mehrfach erfolglos versucht, die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in diesem Bereich einzuschränken.

Frage 4

Die Pläne zur Schaffung eines sogenannten EU-PNR lehnen wir ab. Wir sprechen uns gegen den Aufbau immer neuer gigantischer Datenbanken ohne sichtbaren Mehrwert aus. Gerade vor dem Hintergrund des NSA-Skandals müssen wir uns fragen, welchem konkreten Zweck die anlasslose Massenüberwachung unserer Bürger wirklich dienen soll. In seinem wegweisenden Urteil vom 8. April 2014 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Hinblick auf die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung in aller Deutlichkeit erklärt, dass die anlasslose und pauschale Überwachung aller Menschen mit der Europäischen Grundrechtecharta unvereinbar ist. Wir glauben, dass dieses Prinzip auch Anwendung auf andere Projekte zur Massenüberwachung finden muss, wie eben die Pläne für ein europäisches System zur Sammlung von Fluggastdaten. Diese Kritik besteht übrigens nicht erst seit dem EuGH-Urteil: Gegen konservativen Widerstand konnten die Sozialdemokraten im April 2013 die Kommissionspläne für ein EU-PNR auf Eis legen. Wir werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode gegen unverhältnismäßige Überwachungspläne und für den Grundrechtesschutz stark machen.

Frage 5

Ab Oktober 2015 sollen Neuwagen mit einem kostenlosen Notrufsystem ausgestattet sein, das bei schweren Unfällen automatisch die nächstliegende Rettungsstelle alarmiert. Das hat das EU-Parlament mit Zustimmung der Sozialdemokraten beschlossen, denn bei der Rettung von Unfallopfern zählt oft jede Minute. Der Schutz personenbezogener Daten hatte für die Sozialdemokraten in den Verhandlungen zur Einführung des eCall-Systems oberste Priorität. Die nun beschlossenen Regelungen sind in enger Abstimmung mit dem europäischen Datenschutzbeauftragten entstanden. Bei der Notruftechnologie handelt es sich um ein ruhendes System. Es wird erst aktiviert, wenn im Auto verbaute Unfallsensoren ausgelöst werden. Bei schweren Unfällen setzt das System automatisch einen Notruf ab und informiert die Rettungsstelle. Wir konnten zudem sicherstellen, dass übermittelte Daten ausschließlich zur Rettung verwendet werden dürfen. Eine Weitergabe der Daten etwa an Versicherungen lehnen wir ab. Die Vereinfachung der Lebensrettung darf in keinem Fall zu einer Ausspionierung der Autofahrer führen.

Frage 6

Bei der so genannten "Smart Meter"-Technologie stehen Datenschutzbelange für uns Sozialdemokraten an oberster Stelle. Bei missbräuchlichem Gebrauch kann mithilfe dieser Technologie ein komplettes Bewegungsprofil des Verbrauchers erstellt werden (z.B.: Wann wird wie lange geduscht, welches Alter hat der Kühlschrank, welche anderen elektronischen Geräte werden wie häufig benutzt?). Es muss unbedingt verhindert werden, dass der Stromkunde zum gläsernen Bürger wird. Der Einsatz der "Smart Meter" ist in der EU-Energieeffizienzrichtlinie von 2012 geregelt. Artikel 9 (2 b) der Energieeffizienzrichtlinie gibt klare datenschutzrechtliche Regeln vor. Er legt fest, dass die Mitgliedstaaten beim Einbau dieser Technologie für "die Sicherheit der intelligenten Zähler und der Datenkommunikation sowie die Wahrung der Privatsphäre der Endkunden im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften der Union über den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre" sorgen müssen. Wir Sozialdemokraten drängen auf die Verabschiedung des Datenschutzreform-Pakets, damit dieses endlich Teil des EU-Rechts wird. Dann müssen die Mitgliedstaaten sich an dieses neue, verbesserte Datenschutzrecht halten, wenn sie die "Smart Meter"-Technologie nutzen. Das umfasst etwa umfassende Informationsrechte des Verbrauchers.

Frage 7

Die Einschränkungen des identifizierungsfreien Zahlungsverkehrs dienen vor allem der Verringerung des Risikos der Geldwäsche. Grundsätzlich befürworten wir Sozialdemokraten Maßnahmen zur Eindämmung des Geldwäscherisikos, da gewaschenes Geld oft in einem engen Zusammenhang mit organisierter Kriminalität in Europa steht. Wir befürworten eine Pflicht zur Identifizierung, wenn es um Beträge von mehreren tausend Euro geht. Bei kleinen Beträgen, etwa ein paar hundert Euro, sollte es dem Bürger jedoch weiterhin möglich sein, anonym und ohne Herausgabe seiner Daten Zahlungen vorzunehmen. Dadurch schützen wir das Recht des Verbrauchers, nicht über jeden persönlichen Kauf Rechenschaft ablegen zu müssen.

Frage 8

8.1.

Aufgrund ihrer hohen Sensibilität setzen wir Sozialdemokraten uns dafür ein, prinzipiell so wenige biometrische Daten wie möglich zu erheben und zu speichern. Die SPD hat deswegen starke Bedenken hinsichtlich der möglichen Einführung eines verpflichtenden biometrischen Personalausweises für alle Bürger. Deswegen ist es gut, dass etwa derzeit digitale Fingerabdrücke nur auf Wunsch des Betroffenen in das Pflichtdokument des Personalausweises aufgenommen werden. Es gibt keinen Grund, dies zu ändern. Insbesondere den Einsatz der RFID-Technologie sehen wir sehr kritisch, da diese Chips auch ohne Kenntnis der Betroffenen ausgelesen werden können. Die Sozialdemokraten setzen sich deshalb für verbindliche und äußerst strenge Vorschriften zum Datenschutz im Zusammenhang mit der RFID-Technologie ein. So wie wir einen EU-weiten Zwang zur Aufnahme biometrischer Daten in den Personalausweis ablehnen, so kritisch sehen wir ebenfalls die Speicherung dieser biometrischen Daten bei einer Behörde. Es ist nicht ersichtlich, warum so eine Maßnahme notwendig wäre. Sie würde im Gegenteil ein hohes Risiko für die Datensicherheit der Betroffenen darstellen. Die RFID-Technologie kommt zudem inzwischen in sehr vielen anderen Zusammenhängen zum Einsatz, etwa im Einzelhandel. Die Verabschiedung der EU-Datenschutzverordnung würde den derzeitigen schwachen Rechtsrahmen in diesem Bereich unserer Auffassung nach stärken. Wir setzen uns deswegen für eine zügige Verabschiedung ein.

8.2.

Eine EU-weite Verpflichtung zur Erfassung biometrischer Daten von einreisenden Nicht-EU-Bürgern lehnen wir ab. Die Sozialdemokraten stellen Drittstaatsangehörige, die etwa als Touristen oder Geschäftsreisende zu uns kommen, nicht einfach unter Generalverdacht. Datenschutz muss in Europa für alle Menschen gelten. Deswegen haben wir auch massive datenschutzrechtlichen Bedenken bezüglich des Kommissionsvorschlags zum so genannten "Smart Borders"-Paket. Dieses Paket sieht ein zentrales Ein- und Ausreiseregister für Nicht-EU-Bürger vor, die sich für Kurzaufenthalte im Schengen-Raum aufhalten. Der Vorschlag beinhaltet auch die mögliche Ausweitung auf biometrische Daten und den Zugriff von Strafverfolgungsbehörden auf diese Daten. Die Sozialdemokraten bezweifeln die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit dieses geplanten Systems. Besitzer von Schengen-Visa werden so pauschal und zu Unrecht als Bedrohung dargestellt. Das ist mit unserer Vision eines Europas der Bewegungsfreiheit nicht vereinbar.

Frage 9

Im Grundsatz unterstützen wir EUROSUR, da damit ein gemeinsamer europäischer Rahmen für den Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten im Bereich des Grenzschutzes und der Seenotrettung geschaffen wird. Besonders wichtig ist aus sozialdemokratischer Sicht, dass durch die stärkere Koordinierung der Überwachung der Außengrenzen durch EUROSUR bei Flüchtlingskatastrophen schneller eingegriffen werden kann, da die Informationen besser fließen. Natürlich müssen wir bei der elektronischen Grenzsicherung ganz besonders darauf achten, dass Grundrechte geschützt sind und hohe Datenschutzstandards gelten. Besonders wenn im Ausnahmefall auch persönliche Daten in diesem Zusammenhang fließen sollten, ist die strikte Anwendung europäischer Datenschutzstandards ein Muss. Damit diese möglichst hoch ausfallen, brauchen wir eine zügige Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung sowie der Richtlinie zum Austausch von Daten im strafrechtlichen Bereich.

Frage 10

Das inzwischen ausgelaufene EU-Forschungsprojekt "INDECT" haben wir Sozialdemokraten stets kritisiert. Das mit diesem Projekt verknüpfte Ziel der totalen Überwachung widerspricht eindeutig europäischen Grundrechten. Das System sollte die "intelligente" Verarbeitung von Informationen etwa durch die Verknüpfung von Videobildern, Profilen auf sozialen Netzwerken und Polizeidatenbanken sein. Das wäre einer Totalüberwachung aller Bürger gleichgekommen. Nicht zuletzt das EuGH-Urteil zur Vorratsdatenspeicherung vom 08. April 2014 hat deutlich gemacht, dass diese grundrechtswidrig ist. Aufgrund seines umfassenden Eingriffs in die Bürgerrechte fordert die SPD deshalb, keine weiteren EU-Mittel für ähnliche Überwachungsprojekte zu gewähren und bereits entwickelte Programmteile von "INDECT" nicht weiter zu nutzen.

Frage 11

11.1.

Das Binnenmarkt-Informationssystem bietet die Möglichkeit für Behörden verschiedener Mitgliedstaaten, bestimmte Daten schnell und sicher auszutauschen, beispielsweise zur Überprüfung von Berufsqualifikationen oder Beschäftigungsbedingungen für entsandte Arbeitnehmer. Die Aufnahme neuer Datenkategorien in dieses System müsste immer auch vor dem Hintergrund der Notwendigkeit und der datenschutzrechtlichen Auswirkungen geprüft werden. Gerade bei sensiblen Daten wie Einwohnermeldedaten ist Vorsicht geboten. Beispielsweise muss grundsätzlich sichergestellt sein, dass die Daten vor einer Nutzung für Werbung und Adresshandel geschützt sind.

11.2.

Das Binnenmarkt-Informationssystem bietet die Möglichkeit für Behörden verschiedener Mitgliedstaaten, bestimmte Daten schnell und sicher auszutauschen, beispielsweise zur Überprüfung von Berufsqualifikationen oder Beschäftigungsbedingungen für entsandte Arbeitnehmer. Die Aufnahme neuer Datenkategorien in dieses System müsste immer auch vor dem Hintergrund der Notwendigkeit und der datenschutzrechtlichen Auswirkungen geprüft werden. Gerade bei sensiblen Daten wie Sozialversicherungsdaten ist Vorsicht geboten.

11.3.

In einem grenzenlosen Europa müssen auch Strafverfolgungsbehörden bei der Verbrechensbekämpfung enger miteinander kooperieren. Den dafür nötigen Informationsaustausch befürworten wir aber nur, sofern er strengen Datenschutzregeln unterliegt. Gerade im Bereich der Strafverfolgung besteht heute jedoch noch ein Flickenteppich an unterschiedlichen Regelwerken in der EU. Deswegen drängen wir Sozialdemokraten auf die Verabschiedung der EU-Datenschutz-Richtlinie für den Bereich Polizei und Justiz, um auch diese sensiblen Daten auf einem hohen Niveau schützen zu können. Das legitime Interesse der Strafverfolgung darf nicht zu einer Unterwanderung des Grundrechtsschutzes der Betroffenen, wie etwa dem Recht auf ein faires Verfahren, führen. Ob es für die effiziente Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden tatsächlich neuer Datenbanken bedarf, ist zudem äußerst fraglich. An erster Stelle müssen andere Maßnahmen, wie etwa eine verbesserte Aus- und Fortbildung von Polizisten und Rechtspraktikern stehen. Eine gute grenzüberschreitende Kooperation setzt zwingend ein solides Wissen über bestehende EU-Instrumente zum Informationsaustausch voraus sowie insbesondere eine Stärkung der Sensibilität für grenzüberschreitende Grundrechtsfragen.

Frage 12

12.1.

Angesichts des weitreichenden Charakters der ans Licht gekommenen Überwachungstechniken plädieren die SPD-Europaabgeordneten für ein Einfrieren des Fluggastdatenabkommens mit den USA.

12.2.

Als Reaktion auf die Snowden-Enthüllungen fordern die Sozialdemokraten eine Aussetzung des Bankdatenabkommen TFTP (Terrorist Finance Tracking Program) mit den USA, umgangssprachlich auch SWIFT-Abkommen genannt. Es gibt Hinweise, dass die NSA hier direkten Zugang auf sensiblen Bankdaten erlangt hat. Mindestens bis zur Klärung dieser Vorwürfe müsste das Abkommen auf Eis gelegt werden. Außerdem fordern wir den Abschluss eines Datenschutz-Rahmenabkommens mit den USA bis zum Sommer 2014. Dieses würde grundlegende Standards für den Datenschutz in der Strafverfolgung festlegen, die dann auf alle Instrumente des Datentransfers in die USA Anwendung finden würden, beispielsweise das TFTP. Das Rahmen-Abkommen muss hohe Schutzstandards etwa zur Begrenzung der Datensammlung festlegen, sonst kann das EU-Parlament ihm nicht zustimmen.

12.3.

Internationale Strafverfolgung darf nur in den engen Grenzen der Rechtsstaatlichkeit erfolgen. Wenn Abkommen zum Informationsaustausch für eine anlasslose Massenüberwachung missbraucht werden, ist dies mit unserem sozialdemokratischen Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar. Als Reaktion auf die Snowden-Enthüllungen fordert wir des-

halb, generell alle Datenaustausch-Abkommen mit Drittstaaten kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls auf Eis zu legen.

Frage 13

Das "Safe Harbour"-Regime schafft keinen "sicheren Hafen" für unsere Daten und gehört deswegen auf Eis gelegt. Wir Sozialdemokraten fordern, die Sonderregelungen für US-Firmen zum Datentransfer aus der EU auszusetzen, bis bestehende Grundrechts-Schlupflöcher geschlossen wurden. Schon vor Bekanntwerden der Snowden-Enthüllungen haben Sozialdemokraten kritisiert, dass "Safe-Harbour" keinen echten Schutz bietet. Im Zuge der NSA-Affäre kam zudem ans Licht, dass die NSA offenbar im großen Umfang auch auf Daten von Firmen zugreift, die unter dem "Safe-Harbour"-Regime zertifiziert sind. Mit diesem längst überfälligen Schritt setzen wir die USA auch wirtschaftlich unter Druck, europäischen Grundrechten einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Frage 14

Der NSA-Skandal hat das Vertrauen zwischen den Handelspartnern USA und EU nachhaltig beeinträchtigt. Er hat die Notwendigkeit eines starken Datenschutz-Rahmenabkommens zwischen der EU und den USA zur Aktivität von Strafverfolgungsbehörden und deren Umgang mit Daten deutlich gemacht. Ohne ein solches Abkommen, welches parallel zum TTIP-Abkommen verhandelt werden muss und welches neben anderen Punkten die rechtliche Gleichstellung von EU-Bürgern garantieren muss, wird eine Zustimmung zum TTIP-Abkommen für uns Sozialdemokraten nicht möglich sein. Ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments kann das Freihandels-Abkommen aber nicht in Kraft treten. In jedem Fall scheint es sinnvoll, die Verhandlungen bis zu den US-amerikanischen Kongresswahlen im November 2014 ruhen zu lassen. Sollten sich die US-Amerikaner auch danach weigern, europäische Grundrechte zu respektieren, kann eine Zustimmung zu dem Handelsabkommen auch im Hinblick auf andere noch ungelöste problematische Punkte nicht erfolgen.

Frage 15

15.1.

Internationale Partner spionieren sich nicht aus. Wichtiger als der Abschluss eines rein symbolischen No-Spy-Abkommens ist die Etablierung von robusten Datenschutzstandards sowohl in der EU als auch hinsichtlich der Weitergabe von sensiblen Daten an die USA. Die Sozialdemokraten machen sich deshalb für eine zügige Verabschiedung des EU-Datenschutzreform-Pakets stark. Außerdem fordern wir den Abschluss eines Rahmenabkommens mit den USA zum Schutz von Strafverfolgungsdaten.

15.2.

Alle EU-Staaten haben sich dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit verpflichtet. Gegenseitige Spionage widerspricht dem Geist der europäischen Verträge und ist damit inakzeptabel. Ein No-Spy-Abkommen kann hier keinen wirklichen Mehrwert schaffen und lenkt nur von der eigentlichen Frage ab: Wie können wir demokratische Kontrollmechanismen der nationalen Parlamente sowie des Europäischen Parlaments so stärken, dass Geheimdienste Bürgerrechte nicht mehr nach Belieben einschränken können? Zudem müssen wir grundsätzlich über bessere Regeln für Geheimdienste reden. Nicht alles, was technisch machbar ist, darf auch umgesetzt werden. Auch Geheimdienste sind Teil des demokratischen Rechtsstaats und dessen Grundrechten verpflichtet.

Frage 16

Die Sozialdemokraten machen sich für eine EU-weite Regelung zum Schutz von Whistleblowern stark. Mit unserer Unterstützung hat das Europäische Parlament schon in der Vergangenheit die EU-Kommission aufgefordert, einen Gesetzesvorschlag zum Whistleblower-Schutz in der EU vorzulegen. Die EU-Kommission muss nun auch dringend prüfen, inwieweit dieser Gesetzesvorschlag auch den sensiblen Bereich der Nachrichtendienste abdecken kann. Die EU – und damit auch das Europäische Parlament – können Whistleblowern keinen internationalen Schutz bieten, die Mitgliedstaaten können dies. Die Sozialdemokraten fordern die Mitgliedstaaten daher auf, ihrer Verantwortung bei der Prüfung von internationalem Schutz für Whistleblower gerecht zu werden.